

# Nebraer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Franz Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen lohnen: die 48 mm breite Millimeterzeile 9 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenfeld 20 Pf.  
Anzeigenannahme an Donnerstagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bantverein Atern.

Nr 130

Sonnabend, den 1. November 1930

43. Jahrgang

## Finanzielles Rüstungsprogramm.

Die Finanzpolitiker aus Neigung, die das Finanzministerium seit Jahr und Tag mit Projekten und juristisch ausgearbeiteten Steuerentwürfen überhäufte, haben, seit die Reichsfinanzen in Not sind, besonders eifrig mitgearbeitet. Die Zahl der Steuerprojekte, die in den letzten Monaten dem Reichsfinanzministerium zugegangen sind, läßt sich kaum noch übersehen, aber die Quantität dieser Projekte entspricht nicht ganz ihrer Qualität, und wenn man auch der Ansicht sein mag, daß der romantischste Steuerentwurf herausgerafft ist verständlich, daß kaum jemals eines von ihnen über den Schreibtisch des Sonderreferenten hinaus Beachtung findet. Ginge es nach diesen Finanzamateuren, so würden die zwei Tausend Reichssteuern, mit denen man es ohnehin schon zu tun hat, sich noch bald vervielfachen. Der Finanzreformplan, den nach Jahren einer Finanznotstands, die nur auf den Tag eingeklärt war, das Reichsministerium jetzt ausgearbeitet hat, will aber gerade diese zwei Tausend Steuern im Wege, zu denen noch einige Tausend in Ländern und Gemeinden hinzukommen, vereinfachen und in ein Einkommen bringen um so die deutsche Finanzwirtschaft nicht nur bei den Reichsstellen, sondern auch bis hinter zu den letzten Instanzen klar und überichtlich zu machen. Es ist, wenn man die Kompliziertheit des deutschen Finanzwesens, die Lebensschneidung der Reichs-, Länder- und Gemeindefinanzen überlegt, in der Tat Zeit, daß an dieses Projekt herangegangen wird. Seit Jahren liegt das Steuerentwerfungsamt im Reichstage, und selbst wenn es gelingen sollte, seine Berücksichtigung zu erzielen, wird es doch nicht vor dem Jahre 1932 in Kraft treten können. Da man die notwendige Reform nicht wieder verfehlen kann, hat der Reichsfinanzminister jenes Reformprogramm ausgearbeitet, das den Anfang der Finanzreform darstellt und zu dem endgültigen Finanzausgleich zwischen Ländern und Gemeinden überleitet soll.

Es handelt sich um einen Komplex von mehr als 20 Gesetzen. Die große Zahl einzelner Entwürfe erlaubt sich, wenn man überlegt, daß es sich diesmal um Veränderungen der Einkommen-, der Umsatz-, der Vermögens-, um eine Neuordnung des Finanzwesens, um die Entlastung der Staatsteuern, die Neugestaltung der Hauszinssteuer und die Kürzung der Gemeindefinanz, um die Verrechnung der erzielten Erparnisse zwischen dem Reich, den Ländern und Gemeinden handelt. Das Reichsministerium will diesmal die im Haushaltsgesetz vorgeschriebenen Fristen für die Beratung des Haushaltsplans streng einhalten. Der Haushaltsplan aber ist kein selbständiges Gebilde, er erhält erst Grundzüge und Gestalt eben durch diese neuen Deckungsvorlagen. Haushaltsplan und Deckungsgesetze sollen deshalb gleichzeitig dem Reichstag bis zum 4. November zugehen, so werden, und nachdem man den Haushaltsplan Ende der vorigen Woche verabschieden konnte, werden im Laufe dieser Woche längere Kabinettsitzungen und Beratungen mit den Länderregierungen Klarheit über die Einzelheiten der Deckungsvorlagen schaffen. Es handelt sich diesmal ausnahmsweise bei den Deckungsgesetzen nicht um Steuererhöhungen — nur durch Umstellung der Tabaksteuer und der Zafabfälle soll eine Mehreinnahme von rund 170 Millionen beschafft werden —, sondern um eine Vereinfachung des Systems und eine Senkung der Steuerlast. Welchen Umfang diese Vereinfachungsmaßnahmen haben werden, ergibt sich zunächst für das Reich daraus, daß die Einkommensteuerverpflichtigen bis zu 8000 M. aus der Vereinfachung durch die Finanzämter auscheiden werden, daß weiterhin von der Vermögenssteuer die Hälfte der bisher Steuerpflichtigen, nämlich rund 850 000 von 1,7 Millionen Personen, befreit werden, daß die Zahl der Einkommensverpflichtigen von 10,6 auf 1,6 Millionen, das heißt auf ein Fünftel herabgedrückt wird und daß künftig die Betriebe mit kleinen Umsätzen, was vor allem für Händler und kleine Gewerbetreibende auf dem ländlichen Lande gilt, aus der Umsatzsteuer auscheiden. Es kommen Steuerentlastungen in den Ländern und Gemeinden hinzu, denn durch Senkung der Grundsteuern und der Gewerbesteuer sollen im ganzen 400 Millionen M. vom Staat für die Wirtschaft überlassen werden, wofür als Ausgleich für die fiskalischen Bedürfnisse 400 Millionen M. aus dem Ertrag, der Hauszinssteuer herangezogen werden. Man hat also in dem Komplex der mehr als 20 Gesetze, die dem Kabinett jetzt vorliegen, nicht nur Reichssteuern zu erleichtern, sondern man will auch tief in die Finanzgebarung der Länder und Gemeinden eingreifen.

Der ganze Komplex finanzpolitischer Entwürfe läßt sich in drei Gruppen zerlegen: erstens die Vereinfachung und Senkung der Reichssteuergesetze, zweitens Kürzung der Beamtengehälter um 6 Prozent, also eine fiskalische Erparnismaßnahme, und drittens der neue Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Seine

Notwendigkeit ergibt sich daraus, daß der Rückgang der Reichssteuern zu Abgängen an den Beträgen nötig, die den Ländern und Gemeinden bisher zufließen. Darüber hinaus soll ein Betrag von 100 Millionen M. den Ländern und Gemeinden dafür abgezogen werden, daß sie an ihren Beamtengehältern durch die proportionale Kürzung etwa die dreifache Summe erparieren werden. Ohne dieser Eingriff in die Länder- und Gemeindefinanzen, der unermesslich ist, wenn man zu einer wirklichen Ordnung der Finanzgesetzgebung in Deutschland erweist. Die Bestimmungen, die der Kanzler und der Finanzminister in Stuttgart führten, die Vorkündigungen, die Ende dieser Woche in Berlin und Dresden folgen werden, sind die deutlichen Anzeichen dafür. Die Länder wollen nicht, daß das Reich an den Erparnissen beteiligt wird, die sie selbst bei den Beamtengehältern erzielen werden. Und Änderungsanträge zu dem Finanzplan der Reichsregierung liegen bereits vor. Das Ziel der Verhandlungen will dabei sein müssen, im Reichstag, also in der Vertretung der Länderregierungen, eine einwandfreie große Mehrheit für das Reichsministerium zu sichern, weil gerade unter den jetzigen Verhältnissen im Reichstag die Autorität des Reichsrates für das Kabinett eine wichtige Stütze sein wird.

## Preußens Rechnungsabschluss.

Fehlbetrag von 17,6 Millionen Mark.  
Berlin, 30. Oktober.  
Der preussische Finanzminister hat dem Landtag die Uebersicht von den Einnahmen und Staatsausgaben für das Rechnungsjahr 1929/30 vorgelegt. Das Rechnungsjahr 1929 hatte mit einem Ueberschuß von rund 300 000 M. abgegeschlossen, der zur weiteren Tilgung von Staatsschulden zu verwenden war. Für das Rechnungsjahr 1929 ist nach dem Jahresabschluss der Generalfinanzstelle ein Fehlbetrag von 17,6 Millionen Mark entstanden. Die Vertriebsüberschüsse ergaben gegen den Vorjahrs ein Weniger von 15,5 Millionen Mark. Die Steuern und Abgaben haben für Preußen ein reines Mehr erbracht von insgesamt 12,6 Millionen Mark, das sich zummindest aus einem Mehr von 13,7 Millionen Mark bei der Reichsteuervermehrung und einem Weniger von 1,1 Millionen Mark bei den preussischen Steuern und Abgaben. Die sonstigen Einnahmen der allgemeinen Finanzverwaltung haben ein Mehr ergeben von 11 Millionen Mark, die Selbstverwaltungen haben ohne außerplanmäßige Ausgaben nach Abzug erhöhter Verwaltungseinnahmen und unter Berücksichtigung der Minderausgaben einen Mehrerlös von 7,8 Millionen Mark erbracht. Zu diesen Ausgaben treten bei den Selbstverwaltungen außerplanmäßige Ausgaben zu Lasten der allgemeinen Staatsfonds von 17,8 Millionen Mark. Ingesamt beträgt die Verberührung acht Millionen, die Verbleibende 25,6 Millionen M.

Das Rechnungsjahr 1929 hat somit gegenüber dem Haushaltsplan einen Fehlbetrag von 17,6 Millionen Mark abgeschlossen. Ueber die Deckung dieses Fehlbetrages ist noch keine endgültige Bestimmung getroffen. Einweisen ist der Fehlbetrag aus allgemeinen Kassenbeständen gedeckt worden.

Von den außerplanmäßigen Ausgaben sind besonders anzuführen: 4,7 Millionen Deutscher, davon u. a. 2,8 Millionen für Schulbauten, 0,7 Millionen für notwendige Gemeindefinanzen, weiterhin sind ausgegeben worden 3,5 Millionen zur Aufwertung und Ablösung älterer staatlicher Renten, also der Renten der sogenannten Landesherren; 1,4 Millionen an Bezügen für Beamte aus den abgetrennten Gebieten, weiter sind Summen gezahlt worden aus Anlaß von Sturmflutschäden. Außerplanmäßige Ausgaben haben eine Anzahl von Bauten erfordert, u. a. die Inneneinrichtung der Neubauten auf der Museumsinsel in Berlin, die Anklagebank der Törne des Deutschen und Französischen Domes auf dem Gendarmenmarkt sowie die außerordentliche Beschaffung für die Postamt-Erweiterung. Einfluß u. a. nach außerplanmäßige Ausgaben entstanden durch die Restkosten der Volkszählung, durch die Viehzählung und durch die Reichswohnungszählung.

## Gegen die Abrüstungsabotage.

Die deutliche Entschlieung des Auswärtigen Ausschusses.  
Berlin, 31. Oktober.  
Die Beratungen des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags fanden ihren Niederschlag in der Annahme folgender Entschlieung des Abg. D. W. B. mit einem Zusatzantrag des Abg. Graf Westarp (Nat.): „Der Auswärtige Ausschuh hat auf Grund des Berichts des Reichsministers des Auswärtigen und dem gegenwärtigen Stande der Frage der allgemeinen Abrüstung, insbesondere von dem Ergebnis der Verhandlungen der diesjährigen Bundesversammlung des Völkerbundes über diese Frage, mit größter Entschlieung Kenntnis genommen.  
Es muß danach festgestellt, daß die Bemühungen um die allgemeine Abrüstung bisher keinerlei praktische Erfolge erzielt haben.  
Deutschland ist somit vor der Aufgabe, daß es die ihm auferlegte Verpflichtung zu restloser Entfaltung bis zum

letzten Punkt hat durchführen müssen, daß ihm aber die vertraglich zugesicherte, längst fällige Gegenleistung immer noch in ihrem ganzen Umfang rechtswidrig vorenthalten wird. Darüber hinaus erfolgt in manchen Ländern sogar noch eine Verfestigung der Rüstungen.

Der Auswärtige Ausschuh ist der Ansicht, daß dieser Zustand in freiem Widerspruch zu dem Grundgedanken der Gleichberechtigung steht, daß er eine ernste Bedrohung der Sicherheit Deutschlands und damit des Weltfriedens bedeutet, und daß er aus diesen Gründen völlig unhaltbar ist.

Der Auswärtige Ausschuh erwartet von der Reichsregierung, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf die schleunigste Verringerung der gefährlichen Rüstung hinwirkt, und daß sie mit äußerstem Nachdruck darauf besteht, eine Verringerung der anderen Staaten zu fordern, die nach Umfang und Art der Abrüstung Deutschlands und dem Grundprinzip der Gleichberechtigung entspricht und daß sie Klarheit darüber herbeiführt, ob die auswärtigen Mächte gewillt sind, diese Forderung entsprechend den im Versailles Vertrag festgelegten Verpflichtungen zu erfüllen.“ Gegen den Antrag stimmte die Linke. Die Deutschnationalen enthielten sich der Stimme.

Alle Anträge zum Reparationsproblem wurden mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt.

## Gespensferseh Poincaré.

Paris, 31. Oktober.  
Poincaré veröffentlicht im „Excelsior“ seinen Halbmonatsbericht. Er beschäftigt sich diesmal mit der Notwendigkeit, der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa gegen die „ruhmlose Gefahr“.  
Er bedauert, daß die europäischen Staaten, anstatt sich gegen diese Gefahr zu vereinigen, sich immer mehr verspalten und einige von ihnen (gemeint ist Deutschland d. Red.) sich in Ausland lagern. „Die Mittel zu verhandeln suchen, um ihre geheimen Pläne zu verwirklichen.“ Feindere würden jedoch die ersten Opfer sein. Sie müßten den Rest der Menschheit mit sich in den Abgrund reißen.

Poincaré verteidigt auch den Standpunkt Reichsreg., der sehr richtig auf die Gefahr des Krems hingewiesen habe. Alle Anzeichen deuteten auf Kriegsvorbereitungen Moskaus hin, das in Uebereinstimmung mit Deutschland (!) die Herstellung von Kriegsmaterial beschleunigt. Schon jetzt tauche im Hintergrund der Schatten eines wirtschaftlichen Weltkriegs auf, das sich bald, mit Hilfe amerikanischer Kapitalis durchgeführt, über ganz Rußland erstrecken würde. Deutschland habe ein derartiges Protektorat gewünscht, wenn es auch noch weit von seiner Verwirklichung infolge seiner gegenwärtigen, zwar hart überlebenden, aber doch bestehenden Wirtschaftskrise entfern sei. Vielleicht sollte das traurige Schauspiel dazu beitragen, die Staaten zu lehren, daß jeder Vereinigung auf politischer Grundlage eine solche auf wirtschaftlicher Grundlage vorausgehen müsse. Die von Berlin ursprünglich aufgestellte Forderung für die Verwirklichung des Staatsvertrages sei schon die richtige gewesen.

## Gegen polnischen Terror.

Die Ukraine appellieren an den Papst.  
Rom, 31. Oktober.  
Die in Rom wohnhaften katholischen und orthodoxen Ukrainer haben an den Papst die Bitte gerichtet, seine apostolische Autorität in die Waage zu werfen, damit die ungelieblichen Verfolgungen der griechisch-katholischen ukrainischen Bevölkerung Diktatorien aufhöre.

„Nicht nur die Zivilbevölkerung aller Klassen“, so heißt es in der Bittschrift, „sondern auch sehr viele ukrainische Geistliche erleiden unerbittliche Martern. Die Bevölkerung wird nicht nur aller durch internationale Verträge garantierten Rechte, sondern auch der elementarsten menschlichen Rechte beraubt. Die kulturellen und wirtschaftlichen Einrichtungen der Ukraine werden in brutaler Weise zerstört.“

Die bolschewistische Propaganda zieht daraus ihren Nutzen, indem sie den russischen Volkswirtschaft, die den härtesten Feind der europäischen Kultur und des christlichen Glaubens, als alleinigen Verteidiger der unterdrückten ukrainischen Bevölkerung Diktatorien hinstellt. Eine Intervention Curys Heiligkeit würde den polnischen Grausamkeiten und den bolschewistischen Morden ein Ende bereiten.“

## Bereiteter Putschversuch in Griechenland.

Athen, 31. Oktober. Nach hier verbreiteten Gerüchten sollen Anhänger des früheren Ministers Venizelos einen Putschversuch unternommen haben, der jedoch von der Regierung habe vereitelt werden können. Die Adressierten sollen verhaftet worden sein. Die Stimmung in der Hauptstadt ist wegen des Fehlens genauer Nachrichten sehr nervös. Das Militär wird in den Kasernen gehalten. Das die Berichte einer gewissen Grundtöne nicht entbehren, sehr dort.

## Massenversammlung nach Schweden.

Moskau, 31. Oktober. Auf Veranlassung der DGBP sind aus Döbeln 100 Berliner nach Schweden verbannt worden. Die sich der Spaltung von Döbeln angeschlossen und der Verbreitung regierungsförderlicher Gerüchte schuldig gemacht haben.





**Stadt-Bildspiele „Preussischer Hof“**  
**Sonntag, den 2. November**  
 abends 8.30 Uhr:



**E. A. DUPONT'S**  
**Atlantic**  
 Ein deutscher Sprech- und Ton-Groß-Film  
 mit Fritz Kortner, Lucie Mannheim und vielen anderen berühmten Bühnendarstellern  
 Dazu das **tönende** Beiprogramm:  
**„Micky Maus im Tier-Varieté“**

**Betrifft Kirchensteuern.**  
 Die Kirchensteuerpflichtigen Gemeindeglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß laut Steuerbescheid die 2. Rate der dies-jährigen Kirchensteuern am **1. November d. Js.** fällig ist. Gleichzeitig werden diejenigen, die noch mit der 1. Rate im Rückstand sind, aufgefordert, nunmehr umgehend Zahlung zu leisten. Rüd auf die in vielen Tagen ausgegebenen Strageld-Befehle wird hingewiesen mit dem Bemerkten, daß das Strageld ebenfalls zum **1. November d. Js.** fällig ist. Es wird ausdrücklich hervorzuheben, daß das Strageld keine freiwillige Befugung, sondern eine ordnungs-mäßig beschlossene Kirchensteuer darstellt. Alle Einträge und Bescheide betreffend Strageld sind schriftlich oder mündlich an den Vor-sitzenden des Gemeindefiskalrates zu richten und zwar innerhalb von **4 Wochen**, vom Tage der Befugung an gerechnet.  
 Nebra, den 31. Oktober 1930.

Der Gemeindefiskalrat.

In das Handelsregister B ist bei der Zuckerfabrik Wittenburg, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, eingetragen:  
 Der Geschäftsführer Werner Graf von der Schulenburg-Schler ist gestorben. An seiner Stelle ist der Landrat a. D. Rembert Freiherr von Wittenhausen in Klein-Görschütz zum Geschäftsführer bestellt.  
 Nebra a. N., den 20. Oktober 1930.

Das Amtsgericht.

**Ratskeller zu Nebra**  
 Sonntag, den 2. November  
**Großes Bandonion-Konzert**  
 mit humoristischen Vorträgen und  
**Tanz**  
 Es laden freundlich ein  
**1. Naumburger Bandonion-Verein von 1909.**  
 Der Wirt.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Eintritt 50 Pf.

**Gegen Röte der Hände**

Und des Gefühls sowie unedle Hautfarbe verwendet man am besten die **Handcreme Leodor**, welche den Händen und dem Gesicht jene milde Wärme verleiht, die der vornehmen Dame vermehrt ist. Ein besonderer Vorteil liegt darin, daß diese milde Creme wunderbar kühlend bei Juckreiz der Haut wirkt und gleichzeitig eine vorzügliche Winterhilfe für Kinder ist. Der nachfolgende Zusatz dieser Creme gleicht einem zuträglich wirkenden Feuchtheitsstrahl von Weiden, Weidenblättern und Hülser, ohne jenen verhängnisvollen Weidenwasser, den die vornehme Welt verabscheut. Preis bei Tube 20 Pf. und 1/2 Liter. Bestellen unterstellt durch **Leodor-Verlag-Ges., 50 Pf.** das Stück. In allen Apotheken-Verkaufsstellen zu haben.

**Wir reinigen und färben**  
**Wir waschen**  
 Damen- und Herren Garderobe, Kragen u. Oberbänder und Haushaltswäsche, bekannt gute Acetfärbung.  
**Vereinigte Färbereien, Wäschereien**  
 HAUERSBERGER-GALGENBERG-UNION-GIESERT-G.M.B.H.  
 Annahme bei:  
**Friedrich Grob**  
 Schneidermeister  
 Nebra, Reinsdorfer Straße 4

**Drucksachen**  
 aller Art  
 in geschmackvoller, sauberer Herstellung liefert billigst die **Buchdruckerei W. Sauer** Rolleben  
 Vom langen **Abendkleid** mit allem Zierat, vom halblangen Nachmittagskleid und von vielem anderen **80 Modelle** (davon 20 auf dem doppelseitigen **Gratis-Schnittbogen**) in **BEYERS MODE-FÜHRER**  
 Bd. I, Dornenkög. 1.900 M., Bd. II, Kinderkög. 1.200 M. Überall erhältlich. Verlag Otto Beyer Leipzig-Berlin

**Wolko-Schuhe**  
 sind das Erzeugnis einer der ältesten und leistungsfähigsten deutschen Schuhfabriken.  
**Millionen tragen Wolko-Schuhe**  
 Nur diese überaus grosse Beliebtheit und Verbreitung ermöglichen die rationelle und vorbildliche Herstellung in der bekannt strapazierfähigen Qualität und den kundsamen, modernen Formen zu **so billigen Preisen**  
  
**8.75 10.75 12.75 14.75**  
 ALLEINVERKAUF:  
**Herm. Sadise, Schuhmachermeister**  
 Ein Wolko-Schuh ist immer gut!

Zum 75-jährigen Bestehen des **Schweizerhaus' Wittenburg**  
**75**  
 am Sonntag, den 2. November 1930 von nachm. 3 Uhr an:  
**Fest-Konzert** im neuen Saal (ausgeführt von der Nebraer Stadtkapelle)  
 Ab 5 Uhr:  
**Dielenbetrieb**  
 Von abends 8 Uhr an  
**BALL** (vollbesetztes Orchester)  
**Küche und Keller bieten das Beste!!!**  
 Hierzu laden wir die geehrte Einwohnerschaft der Umgegend herzlich ein  
**Familie Wirthmann**

**Die gleiche mit der grossen Maschine**  
**GUTE DURCHSCHLAGSKRAFT**  
  
**KLEIN TORPEDO**  
 FÜR BÜRO, REISE UND HEIM!  
 STABIL, LEICHT UND HANDLICH • BESONDERS GEEIGNET FÜR REISENDE, ARZTE, SCHRIFTSTELLER, GEMWERBETREIBENDE USW.  
**TORPEDO FAHRRADER-SCHREIBMASCHINEN**  
 WEILWERKE A.-G., FRANKFURT A. M., RODELHEIM  
 Druckschrift 1933 kostenlos  
 Bequemste Ratenzahlungen bis zu 12 Monaten!  
**Spare mündelnder Stadt-Sparkasse Nebra a.**  
 bei der

**Abatzferkel**  
 direkt aus dem Qualitätsgebiet der Provinz Hannover. Viele hier von jeden Posten; selbige sind feinfedrig, langgedreht, breitbäutig mit Schlagpohren, bestens geeignet zur Mast und Schlacht.  
 Offerte freibleibend:  
 6-8 wöch. 8-11 Wfr. 8-10 wöch. 11-14 Wfr. 10-12 wöch. 14-18 Wfr. 12-15 wöch. 18-25 Wfr.  
 pro Stück ab hier. Nachnahme. Es kommen nur beste Tiere zum Verkauf. Garantie für prima Tiere, beste Fresser sowie gefunde Antunft nach 14 Tage nach Empfang.  
**Sofes Fortkord, Meppen i. Hann.**

**Miele**  
**Butterfertiger Sturzbuttermaschine**  
**Buttermaschine**  
  
 Einfach, Betriebssicher, Dauerhaft, Preiswert.  
 Die Merkmale aller Miele-Erzeugnisse.  
**Mielewerke A.G.**  
 Gütersloh / Westfalen  
 Über 2000 Werksangehörige.  
 Zu haben in den einschlägigen Geschäften.

**Die Grüne Post**  
 sowie alle anderen Zeitschriften  
 liefert, auf Wunsch frei ins Haus  
**Buchhandlung Walter Scharf**

# Nebraer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen lohnen: die 48 mm breite Millimeterzeile 0.8 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Postamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bantverein Nebra.

Nr 130

Sonnabend, den 1. November 1930

43. Jahrgang

## Finanzielles Rüstungsprogramm.

Die Finanzpolitiker aus Neigung, die das Reichsfinanzministerium seit Jahr und Tag mit Projekten und juristisch ausgearbeiteten Steuerentwürfen überhäufte, haben, seit die Reichsfinanzen in Not sind, besonders eifrig mitgearbeitet. Die Zahl der Steuerprojekte, die in den letzten Monaten dem Reichsfinanzministerium zugegangen sind, läßt sich kaum noch übersehen, aber die Quantität dieser Projekte entspricht nicht ganz ihrer Qualität, und wenn man auch der Anzahl ein paar der romanförmigsten Steuerentwürfe herausgreift, ist verständlich, daß kaum jemals eines von ihnen über den Schreibtisch des Sonderreferenten hinaus Beachtung findet. Ginge es nach diesen Finanzamateuren, so würden die zum Teil zugehenden Reichsteuern, mit denen man es ohnehin schon zu tun hat, sich noch bald vervielfachen. Der Finanzreformplan, den nach Jahren einer Finanznotwendigkeit, die nur auf den Tag eingeklärt war, das Reichsfinanzministerium jetzt ausgearbeitet hat, will aber gerade diese zwei Dutzend Steuern im Reich, zu denen noch einige Dutzend in Ländern und Gemeinden hinzukommen, vereinfachen und in ein System bringen, um so die deutsche Finanzwirtschaft nicht nur bei den Reichsstellen, sondern auch bis hinter zu den letzten Instanzen klar und übersichtlich zu machen. Es ist, wenn man die Komplexierung des deutschen Finanzwesens, die Lebensschneidung der Reichs-, Länder- und Gemeindefinanzen überlegt, in der Tat Zeit, daß an dieses Projekt herangegangen wird. Seit Jahren liegt das Steuerrechtsreformgesetz im Reichstages, und selbst wenn es gesunken wäre, seine Verabschiedung zu erwarten, wäre es doch nicht vor dem Jahre 1932 in Kraft treten können. Da man die notwendige Reform nicht wieder verschleppen kann, hat der Reichsfinanzminister jenes Reformprogramm ausgearbeitet, das den Anfang der Finanzreform darstellen und zu dem endgültigen Finanzausgleich zwischen Ländern und Gemeinden überleiten soll.

Es handelt sich um einen Komplex von mehr als 20 Gesetzen. Diese große Zahl einzelner Entwürfe ergibt sich, wenn man überlegt, daß es sich diesmal um Veränderungen der Einkommen-, der Umsatz-, der Vermögenssteuer, um eine Neuordnung des Finanzausgleichs, um die Entlastung der Kraftsteuern, die Vermögenssteuer, die Hauszinssteuer, um die Kürzung der Beamtengehälter, um die Verrechnung der erzielten Ersparnisse zwischen dem Reich, den Ländern und Gemeinden handelt. Das Reichsfinanzministerium will diesmal die im Haushaltsgesetz vorgeschriebenen Fristen für die Beratung des Reichshaushaltsplanes streng einhalten. Der Haushaltsplan aber ist kein selbständiges Gebilde, er erhält erst Grundzüge und Gestalt eben durch die neuen Deckungsvorlagen, Haushaltsplan und Deckungsgefesse sollen deshalb gleichzeitig dem Reichstag bis zum 4. November zugehen müssen, und nachdem man den Haushaltsplan Ende der vorigen Woche verabschiedet konnte, werden im Laufe dieser Woche förmliche Kabinettsitzungen und Beratungen mit den Länderregierungen Klarheit über die Einzelheiten der Deckungsvorlagen schaffen. Es handelt sich diesmal ausnahmsweise bei den Deckungsgefeßen nicht um Steuererhöhungen — nur durch Umgestaltung der Tabaksteuer und der Tabakzölle soll eine Mehreinnahme von rund 170 Millionen beschafft werden — sondern um eine Vereinfachung des Systems und eine Senkung der Steuerlast. Welchen Umfang diese Vereinfachungen nachahmen haben werden, ergibt sich zunächst für das Reich daraus, daß die Einkommensteuerverpflichtigen bis zu 8000 Km. aus der Vereinfachung durch die Finanzämter auscheiden werden, daß weiterhin von der Vermögenssteuer die Hälfte der bisher Steuerpflichtigen, nämlich rund 850 000 von 1,7 Millionen Personen, befreit werden, daß die Zahl der Einzelwerbende von 10,6 auf 1,6 Millionen, das heißt auf ein Zehntel heruntergedrückt wird und daß künftig die Betriebe mit kleinen Umsätzen, was vor allem für Händler und kleine Gewerbetreibende auf dem Hohen Lande gilt, aus der Umsatzsteuer auscheiden. Es kommen Steuererleichterungen in den Ländern und Gemeinden hinzu, denn durch Senkung der Grundsteuern und der Gewerbesteuer sollen im ganzen 400 Millionen Km. vom Reich zur Wirtschaft überlassen werden, wofür als Ausgleich für die fälligen Bedürfnisse 400 Millionen Km. aus dem Ertrag, der Hauszinssteuer herangezogen werden. Man hat also in dem Komplex der mehr als 20 Gesetze, die dem Kabinett jetzt vorliegen, nicht nur Reichsteuern zu erleichtern, sondern man will auch tief in die Finanzgebarung der Länder und Gemeinden eingreifen.

Der ganze Komplex finanzieller Gesetze läßt sich in drei Gruppen zerlegen: erstens die Vereinfachung und Senkung der Reichsteuerverpflichtigen, zweitens Kürzung der Beamtengehälter um 6 Prozent, also eine fiskalische Ersparnismaßnahme, und drittens der neue Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Seine

Notwendigkeit ergibt sich daraus, daß der Rückgang der Reichsteuern zu Ungunsten an den Beträgen nötig ist, die den Ländern und Gemeinden bisher zufließen. Darüber hinaus soll ein Betrag von 100 Millionen Km. den Ländern und Gemeinden dafür abgezogen werden, daß sie an ihren Beamtengehältern durch die Prozentige Kürzung etwa die dreifache Summe ersparen werden. Gerade dieser Eingriff in die Länder- und Gemeindefinanzen, der unermesslich ist, wenn man zu einer wirklichen Ordnung der Finanzlage in Deutschland kommt, will, hat die ersten und stärksten Widerstände erweckt. Die Behauptungen, die der Kanzler und der Finanzminister in Stuttgart führten, die Behauptungen, die Ende dieser Woche in Berlin und Dresden folgen werden, sind die deutschen Medien durch. Die Länder wollen nicht, daß das Reich an den Ersparnissen beteiligt wird, die sie selbst bei den Beamtengehältern erzielen werden. Und Änderungsvorschläge zu dem Finanzplan der Reichsregierung liegen bereits vor. Das Ziel der Verhandlungen wird dabei sein müssen, im Reichstag, also in der Vertretung der Länderregierungen, eine einwandfreie große Mehrheit für das Reichsfinanzministerium zu sichern, weil gerade unter den letzten Verhältnissen im Reichstag die Autorität des Reichsrates für das Kabinett eine wichtige Stütze sein wird.

## Preußens Rechnungsabschluss.

Fehlbetrag von 17,6 Millionen Mark.  
Berlin, 30. Oktober.  
Der preussische Finanzminister hat dem Landtag die Überleitung von den Staatseinnahmen und Staatsausgaben für das Rechnungsjahr 1929/30 vorgelegt. Das Rechnungsjahr 1929 hatte mit einem Ueberschuß von rund 300 000 Mark abgeschlossen, der zur weiteren Tilgung von Staatsschulden zu verwenden war. Für das Rechnungsjahr 1929 ist nach dem Jahresabschluss der Generalfinanzstelle ein Fehlbetrag von 17,6 Millionen Mark entstanden. Die Vertriebsverhältnisse ergaben gegen den Vorfall ein Weniger von 15,6 Millionen Mark. Die Steuern und Abgaben haben für Preußen ein reines Mehr erbracht von insgesamt 12,6 Millionen Mark, das sich zummindest aus einem Mehr von 13,7 Millionen Mark bei den Reichsteuerverpflichtigen und einem Weniger von 1,1 Millionen Mark bei den preussischen Steuern und Abgaben. Die sonstigen Einnahmen der allgemeinen Finanzverwaltung haben ein Mehr ergeben von 11 Millionen Mark, die Selbstverwaltungen haben ohne außerplanmäßige Ausgaben nach Abzug erhöhter Verwaltungseinnahmen und unter Berücksichtigung der Mindereinnahmen einen Mehrertrag von 7,8 Millionen Mark erbracht. Zu diesen Einnahmen treten bei den Selbstverwaltungen außerplanmäßige Ausgaben zu Lasten der allgemeinen Staatsfonds von 17,8 Millionen Mark. Insgesamt beträgt die Verbesserung auf Millionen, die Verbleibende 25,6 Millionen Mark.  
Das Rechnungsjahr 1929 hat somit gegenüber dem Haushaltsplan einen Fehlbetrag von 17,6 Millionen Mark abgeschlossen. Ueber die Deckung dieses Fehlbetrages ist noch keine endgültige Bestimmung getroffen. Einstweilen ist der Fehlbetrag aus allgemeinen Kassenbeständen gedeckt worden.

Von den außerplanmäßigen Ausgaben sind besonders anzuführen: 4,7 Millionen Mark, davon u. a. 2,8 Millionen für Schulbauten, 0,7 Millionen für notleidende Gemeinden, weiterhin sind ausgegeben worden 3,5 Millionen für Aufwertung und Abbildung älterer staatlicher Renten, also der Renten der sogenannten Landesbesitzer; 1,4 Millionen an Beihilfen für Beamte aus den abgetrennten Gebieten, weiter sind Summen gezahlt worden aus Anlaß von Sturmflutschäden. Außerplanmäßige Ausgaben haben eine Anzahl von Bauten erfordert, u. a. auch die Inneneinrichtung der Neubauten auf der Museumsinsel in Berlin, die Anflieger der Turme des Deutschen und französischen Dome auf dem Gendarmenmarkt sowie die außerordentliche Beihilfe für die Breslauer Stadtkaser. Endlich sind u. a. noch außerplanmäßige Ausgaben entstanden durch die Restkosten der Volkszählung, durch die Viehzählung und durch die Reichswohnungszählung.

## Gegen die Abrüstungsabotage.

Die Beratungen des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages fanden ihren Niederschlag in der Annahme folgender Entschließung des Abg. Daus (D.D.P.) mit einem Zusatzantrag des Abg. Graf Westarp (Nat.): „Der Auswärtige Ausschuß hat auf Grund des Berichts des Reichsministers des Auswärtigen von dem Generalmajor Stande der Frage der allgemeinen Abrüstung insbesondere von dem Ergebnis der Verhandlungen der diesjährigen Bundesversammlung des Völkerbundes über diese Frage, mit größter Enttäuschung Kenntnis genommen.  
Er muß danach feststellen, daß die Bemühungen um die allgemeine Abrüstung bisher keinerlei praktische Resultate erzielt haben.“

Deutschland steht somit vor der Tatsache, daß es die ihm auferlegte Verpflichtung zu reiflicher Entlohnung bis zum

letzten Punkt hat durchzuführen müssen, daß ihm aber die vertraglich zugesicherte, längst fällige Gegenleistung immer noch in ihrem ganzen Umfang rechtswidrig vorenthalten wird. Darüber hinaus erfolgt in manchen Ländern sogar noch eine Verstärkung der Abrüstungen.

Der Auswärtige Ausschuß ist der Ansicht, daß dieser Zustand in keinem Widerspruch zu dem Grundgedanken der Gleichberechtigung steht, daß er eine ernste Bedrohung der Sicherheit Deutschlands und damit des Weltfriedens bedeutet, und daß er aus diesen Gründen völlig unannehmbar ist.

Der Auswärtige Ausschuß erwartet von der Reichsregierung, daß sie mit allen ihr zu Gebote liehenden Mitteln auf die allgemeine Verneuerung der gefassten Lage hinwirkt, und daß sie mit äußerster Nachdruck darauf besteht, eine Abrüstung der anderen Staaten zu fordern, die nach Umfang und Art der Abrüstung Deutschlands und dem Grundprinzipien der Gleichberechtigung entspricht und daß sie sich darüber herbeiläßt, ob die auswärtigen Mächte gewillt sind, diese Forderung entsprechend den im Verlaufe der Vertragserfüllung zu erfüllen.“ Gegen den Antrag stimmte die Linke. Die Deutschnationalen enthielten sich der Stimme.

Alle Anträge zum Reparationsproblem wurden mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt.

## Gespenssther Poincaré.

Paris, 31. Oktober.  
Poincaré veröffentlicht im „Excelsior“ seinen Halbmonatsartikel. Er beschäftigt sich diesmal mit der Notwendigkeit, der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa gegen die „russische Gefahr“.  
Er behauptet, daß die europäischen Staaten, anfangs sich gegen diese Gefahr zu vereinigen, sich immer mehr verspitzen und einige von ihnen (gemeint ist Deutschland d. Red.) sich in Ausland lagern „die Mittel zu verschöpfen fänden, um ihre geheimen Pläne zu verwirklichen.“ Lesclere würden jedoch die ersten Opfer sein. Sie würden den Rest der Menschheit mit sich in den Abgrund reißen.

Poincaré verteidigt dann den Standpunkt Reichsregers, der sehr richtig auf die Gefahr des Kredits hingewiesen habe. Alle Anzeichen deuteten auf Kriegsvoorbereitungen Moskaus hin, das in Uebereinstimmung mit Deutschland (!) die Herstellung von Kriegsmaterial beschleunige. Schon jetzt tauche im Hintergrund der Schatten eines wirtschaftlichen deutschen Protektors auf, das sich bald, mit Hilfe amerikanischer Kapitalien durchzuführen, über ganz Rußland erstrecken würde. Deutschland habe ein derartiges Protektorat gewünscht, wenn es auch noch weit von seiner Verwirklichung infolge seiner gegenwärtigen, zwar stark übertriebenen, aber doch bestehenden Wirtschaftslage entfernt sei. Vielleicht sollte das traure Schauspiel dazu beitragen, die Staaten zu lehren, die Grundlage einer solchen

Politik zu müssen. Die von uns für die Vereinigung die richtige



erwartend.  
Athen, 31. Oktober. Nach hier verbreiteten Gerüchten sollen Anhänger des früheren Ministers Venizelos einen Putschversuch unternommen haben, der jedoch von der Regierung habe vereitelt werden können. Die Rädelführer sollen verhaftet worden sein. Die Stimmung in der Hauptstadt ist wegen des Fehlens genauer Nachrichten sehr nervös. Das Militär wird in den Kasernen gehalten. Daß die Gerüchte einer gewissen Grundtatsache nicht entsprechen, steht darüber hinaus fest.

## Rassenerkrankung nach Sibirien.

Moskau, 31. Oktober. Auf Veranlassung der O.S.P.U. sind aus Dörfen 160 Personen nach Sibirien verbannt worden, die sich der Spekulation von Rassenentwässerungen und der Verbreitung regierungsfremdlicher Gerüchte schuldig gemacht haben.